

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 2/18

Koalitionsverhandlungen 2018: Freie Träger müssen berücksichtigt werden

Berlin, 21. Januar 2018 – Nach der mehrheitlichen Zustimmung der Delegierten auf dem SPD-Parteitag, finden im nächsten Schritt die Koalitionsverhandlungen mit den Parteien CDU und CSU statt. Die Ergebnisse der vorab geführten Sondierungsgespräche müssen dabei konkretisiert werden. Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) fordert die verhandelnden Parteien auf, freie Bildungseinrichtungen bei allen bildungspolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Im Sondierungspapier wurden insgesamt 5,93 Milliarden Euro für Bildungsinvestitionen veranschlagt. Angesichts der aktuellen Haushaltsüberschüsse von über 6 Milliarden Euro und der Tatsache, dass Deutschland bei den Bildungsausgaben unter dem OECD-Durchschnitt liegt, sind die geplanten Investitionen dringend erforderlich. Sie müssen vor allem in die Bildungsinfrastruktur investiert werden, um das Bildungssystem zukunftsfähig zu gestalten. Zielgerichtete Förderprogramme müssen die Bundesländer dabei unterstützen, ihre Bildungsausgaben zu erhöhen. *„Der VDP begrüßt in diesem Zusammenhang die geplante Einrichtung eines nationalen Bildungsrates. Dieser muss freie Bildungseinrichtungen bei zukünftigen Bildungsinvestitionen gleichermaßen einbeziehen“*, so Klaus Vogt, Präsident des VDP.

Neben dem Sanierungsbedarf vieler Schulen besteht auch im Bereich der digitalen Infrastruktur Handlungsbedarf. Die neue Bundesregierung muss den angekündigten Digitalpakt schnellstmöglich umsetzen. Auch der berufliche Bereich muss an die Anforderungen der Digitalisierung angepasst werden. *„Vor dem Hintergrund der Arbeitswelt 4.0 müssen die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen für mehr digitale Lehr- und Lernmethoden in der Ausbildung geschaffen werden – und zwar unabhängig von der Bildungsträgerschaft“*, so Dietmar Schlömp, Bundesgeschäftsführer des VDP.

Freie Bildungseinrichtungen sind Anbieter von Ausbildungsgängen in Gesundheitsfachberufen und tragen erheblich zur Deckung des steigenden Fachkräftebedarfs bei. Die geplante Modernisierung dieser Ausbildungsberufe muss so gestaltet werden, dass vorhandene Ausbildungskapazitäten nicht wegbrechen, sondern die berufliche Ausbildung gestärkt wird. Das bedeutet, dass freie Bildungseinrichtungen bei zukünftigen Fragen der Finanzierung, der Qualifikation der Ausbilder und der Organisation der theoretischen und praktischen Ausbildung mit einbezogen werden müssen. *„Eine geplante Schulgeldfreiheit kann nur unter der Maßgabe einer bedarfsorientierten Finanzierung der Berufsfachschulen erfolgen“*, so Klaus Vogt weiter.

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. Verantwortlich für den Inhalt: Robert Renner, Pressesprecher. Weitere Informationen unter: www.privatschulen.de